

# Bleiben nur 42 Kliniken übrig?

Bayern: Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände lehnen Krankenhaus-Reformvorschläge ab

Von unserem Korrespondenten

**RALF MÜLLER**

**MÜNCHEN.** Das von einer Kommission der Bundesregierung vorgelegte Konzept für eine Krankenhausreform wird von der bayerischen Staatsregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) strikt abgelehnt. Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) sprach nach einer Kabinettsitzung am Dienstag in München von

»Die Dinge wurden nicht zu Ende gedacht.«

**Klaus Holetschek**, Bayerns Gesundheitsminister

»Murks«. Wie schon bei anderen Vorhaben der Bundesregierung würden »die Dinge nicht zu Ende gedacht«.

Nach einer Ministerratssitzung mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der BKG sprach der Präsident des bayerischen Landkreistags Thomas Karmasin (CSU) von einer »Schneise der Verwüstung durch gewachsene Strukturen«, die bei der Umsetzung des Konzepts zu erwarten sei.

In Bayern würden nach diesen Vorstellungen nur 42 Krankenhäuser mit vollumfänglicher Ver-

sorgung übrig bleiben, behauptete BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen. Ein Drittel bis die Hälfte aller Krankenhäuser im Freistaat würden auf lediglich ambulante Versorgung umgestellt. Die Struktur der Fachkliniken wäre gefährdet. Engehausen geht davon aus, dass die Berliner Form »allenfalls zu einer Ideensammlung« herabgestuft werde. Der Reformprozess müsse noch einmal »neu gestartet« werden.

## »Gefährliche Schieflege«

Auf die aktuell »gefährliche Schieflege« vieler kommunaler Krankenhäuser wies der Vorsitzende des bayerischen Städtetags Markus Pannermayr (CSU) hin. Unabhängig von den Reformüberlegungen müsse den Kliniken rasch geholfen werden, weil sie durch Teuerungen bei Energie, Arzneimitteln und Personal in eine »dramatische Entwicklung« gekommen seien. Weil Personal fehle, könnten viele Betten nicht genutzt werden, was die Refinanzierung durch Fallpauschalen gefährde. Kommunen als Träger von Krankenhäusern rechneten mit Defiziten von fünf bis über 20 Millionen Euro im Jahr. Der Bund habe den Krankenhäusern zwar 4,5 Milliarden Euro zur Abfederung der Energiekosten zugesagt, die Mittel würden aber wegen »For-

malismus« nur zur Hälfte ausgeschöpft werden können.

Die Berliner Reformvorschläge hätten den »Praxischeck« nicht bestanden, stellte Gesundheitsminister Holetschek fest. Der CSU-Politiker lud Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nach Bayern ein, um sich persönlich davon zu überzeugen, wie untauglich sein Reformkonzept für ein Flächenland sei.

## »Ländersache«

»Krankenhausplanung ist und bleibt Ländersache«, reagierte die gesundheitspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion Ruth Waldmann. Bayerns Staatsregierung müsse jetzt end-

»Es ist grotesk: Zündeln, aber die eigene Aufgabe unerledigt liegenlassen.«

**Ruth Waldmann**, Bayern-SPD

lich ihre Arbeit machen und die Kliniklandschaft der Zukunft gestalten. Stattdessen treibe sie »politisches Schindluder, mit dem sie den Kommunen, den Kliniken, den Patienten und den Beschäftigten einen Bärendienst erweist. Es ist grotesk: Zündeln, aber die eigene Aufgabe unerledigt liegenlassen.«

## Hintergrund: Geld soll neue Lehrer anlocken

**Die bayerische Staatsregierung hat die von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) angekündigte Anwerbungsoffensive für Lehrer konkretisiert.** Qualifizierte Lehrkräfte sollen eine Anreizprämie von einmalig 3000 Euro erhalten, wenn sie sich bereit erklären, an Schulen in »wenig nachgefragten Regionen« zu unterrichten, berichtete Staatskanzleiminister Florian Herrmann (CSU) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in München.

Die Abwerbeoffensive stößt auf scharfe Kritik, weil sie vor allem darauf abzielt, Lehrer aus anderen Bundesländern

abzuwerben. Diese Absicht unterstreicht die Zusage Bayerns, »für außerbayerische Lehrkräfte« (Herrmann) die Umzugskosten in den Freistaat zu übernehmen.

Der Staatskanzleichef wies außerdem darauf hin, dass die Besoldung in Bayern besser sei als in den umgebenden Bundesländern. So bedeute das für die Zukunft beabsichtigte Einstiegsgehalt von A13 für ledige Lehrer ohne Kinder in Bayern 61.600 Euro brutto im Jahr, 57.800 Euro in Baden-Württemberg, 54.100 Euro in Hessen und 52.200 Euro in Sachsen. (rm)